



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Energieversorgung sichern - Bevölkerung und Unternehmen sofort entlasten

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/1694**

Der Landtag wolle beschließen:

Wirtschaft entlasten - Wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Energiekrise

Die explodierenden Energiepreise stellen Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft vor große Herausforderungen. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, wie sie Nachzahlungen für Strom oder Gas aufbringen und künftige Abschlagszahlungen stemmen sollen. Auch zahlreiche Unternehmer sehen ihre Geschäftsmodelle infrage gestellt. Die Nachrichten über Zahlungsprobleme, gestellte Insolvenzanträge oder Einstellungen des Geschäftsbetriebes häufen sich. Betroffen sind neben Handwerkern, Familienbetrieben und dem Mittelstand auch Teile der Industrie. In Deutschland droht damit eine Insolvenzwelle, einhergehend mit einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen und einer Deindustrialisierung. Dies verstärkt die ohnehin schon großen Existenzsorgen vieler Bürgerinnen und Bürger. Ursache für diese flächendeckende Existenzbedrohung sind jedoch keine unternehmerischen Fehlentscheidungen, sondern der Gas-Krieg, den die Russische Föderation gegen Europa führt.

Jetzt bedarf es eines raschen und entschlossenen Handelns der Bundesregierung, um die von steigenden Energiepreisen verursachte Inflation zu stoppen, die Verbraucher zu entlasten und die Unternehmen im Bestand zu sichern.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt

1. begrüßt die Entscheidung, einen deutschlandweiten Gas- und Energiepreisdeckel einzuführen. Die Bundesregierung wird gebeten, diesen schnellstmöglich umzusetzen.

2. spricht sich für einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Wasserstoffwirtschaft in Sachsen-Anhalt aus. Hierdurch wird mittelfristig die Unabhängigkeit von fossilen Energie- und Stromimporten gewährleistet, der Verlust von direkt wie indirekt von der Braunkohle abhängigen Arbeitsplätze kompensiert und Stabilität für die hiesigen Energiepreise gewährleistet. Ziel jeglicher Förderung Erneuerbarer Energien ist der Übergang zu einem auf marktwirtschaftlichen Anreizen beruhenden Ausbau.
3. spricht sich für umfangreiche Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft aus. Dazu gehören u. a. eine Aussetzung von Statistikpflichten und Energiekostenzuschüssen für die Industrie, die Freien Berufe und für Mittelstand und Handwerk.
4. bittet die Bundesregierung, die kurzfristige Aussetzung von weiteren finanziellen Belastungen wie der Gasspeicher- und Bilanzierungsumlage zu überprüfen.
5. spricht sich für eine weitergehende Anpassung des Bundesimmissionsschutzgesetzes aus, damit Unternehmen, die von Gas auf Kohle oder Öl umstellen wollen, dies rechtssicher und schnell realisieren können. Damit werden wichtige Produktionsprozesse gesichert.
6. spricht sich für eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum aus. Dies würde allen Verbrauchern und der Wirtschaft zum Nutzen sein. Darüber hinaus bedarf es eines verlässlichen Industriestrompreises, der es den Unternehmen ermöglicht, international wettbewerbsfähig zu bleiben.
7. erwartet von der Bundesregierung, dass alle Gasspeicher, die aktuell noch unter russischer oder ausländischer Beteiligung stehen, in staatliche Verantwortung übernommen werden, um Deutschland bei kritischer Infrastruktur in der Energieversorgung strategisch unabhängig zu machen.
8. erwartet eine schnelle Umsetzung der von der Bundesregierung angekündigten Förderung von Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen sowie die Beschleunigung von notwendigen Genehmigungsprozessen.
9. spricht sich für die Fortführung des Energiekostendämpfungsprogramms mit erleichtertem Zugang für Mittelstand und Handwerk aus. Davon könnten besonders energieintensive Klein- und Familienbetriebe wie Bäckereien, Metallbauunternehmen oder der Dienstleistungsbereich profitieren.
10. bittet die Bundes- und die Landesregierung, für kommunale Energieversorger und Wohnungsunternehmen Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen und einen Rettungsschirm für in Not geratene Stadtwerke zu erarbeiten.

Begründung

Die Energiekrise in Folge des russischen Überfalls legt die Probleme einer volkswirtschaftlichen Abhängigkeit von Gas und Öl wie unter einem Brennglas offen. Schon jetzt sind erste Unternehmen gezwungen, ihre Produktion aufzugeben oder zu drosseln. Dies hat auch weitreichende Folgen für die bereits angeschlagenen Lieferketten.

Die hohen Energiepreise als Folge des Ukrainekriegs treiben Deutschland zunehmend in eine Rezession. In der Herbstprojektion der wirtschaftlichen Eckdaten geht die Bundesregierung für 2023 nach vorläufigen Zahlen von einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,4 Prozent aus. Im April war die Regierung noch von einem BIP-Plus um 2,2 Prozent 2022 und 2,5 Prozent im nächsten Jahr ausgegangen. Für das laufende Jahr wird eine Preissteigerung um 7,9 Prozent im Jahresdurchschnitt prognostiziert, welche vor allem auf gestiegene Energiekosten zurückzuführen ist.

Diese Preissteigerungen haben nachhaltige Wirkungen auf die Kaufkraft und schaden vor allem Mittelstand und Handwerk.

Besonders betroffen von den Entwicklungen der Energiepreise sind die neuen Bundesländer und der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Insbesondere die energieintensive Industrie hat kaum Möglichkeiten, kurzfristig auf alternative Energieträger auszuweichen. Weiterhin sind Gas und Öl wichtige Rohstoffe für die systemrelevante Produktion in Form von Vor- und Halbprodukten. Fallen diese weg, hätte dies weitreichende Folgen für die Lieferketten in Deutschland und Europa.

Angesichts der Situation ist ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung gefordert, um die Krise zu bewältigen, die Inflation einzudämmen und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern.

Guido Heuer
Fraktionsvorsitz CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitz SPD

Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz FDP